



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

x: Politischer Monatsbericht.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politischer Monatsbericht.

× Leipzig, Ende August.

Der Charakter der Unsicherheit und des Schwankens, welchen unsere öffentlichen Zustände seit dem londoner Abkommen über Luxemburg tragen, hat sich während des abgelaufenen Monats fast zur Caricatur verzerrt. Indessen die Theilnahme für die Aufgaben des inneren Staatslebens im Abnehmen begriffen erscheint, selbst die Agitation für die Reichstagswahlen mit einer Glauheit betrieben wird, die von der Unsicherheit und Gestaltlosigkeit des öffentlichen Urtheils über innere Angelegenheiten deutliches Zeugniß ablegt, sind es die Fragen der auswärtigen Politik, und immer nur diese, welche Aller Köpfe und Herzen erfüllen. Beim Beginn des Augustmonats hatten die zum Schluß der französischen Kammer gehaltenen Reden, die Gerüchte über eine pariser Depesche in der schleswigschen Angelegenheit, Behies Reise nach Dänemark u. s. w. die Befürchtungen vor einem Zusammenstoß mit dem westlichen Nachbar auf das höchste Maß gesteigert; dann folgten ein paar ruhigere Wochen, während welcher man sich mit den Ordres und Contreordres bezüglich der neupreußischen Provinzen und deren Kritik beschäftigte und noch ehe man mit diesen zum Abschluß gekommen, hat die salzburger Kaiserzusammenkunft Publikum und Publicisten wiederum in ein Meer von Hoffnungen und Befürchtungen versenkt und jede ruhige Discussion darüber, was wir am heimischen Heerd zu thun und zu lassen haben, unmöglich gemacht. Indessen Freund und Feind darüber klagen, daß der preußische Premier nur für die große auswärtige Politik Sinn habe und den Aufgaben des inneren Staatslebens nur einzelne verslogene Augenblicke widme, machen sie es selbst nicht besser: wenn wir das Geschrei gegen neue Steuern, directe wie indirecte, in Abzug bringen, in welchem jener Bruchtheil der Demokratie sich bewegt, der nur Forderungen an den Staat kennt und grundsätzlich nicht nach den Mitteln fragt, welche demselben zu Gebote stehen — so ist kein neuer Gedanke ausgesprochen, kein neues Programm aufgestellt worden, das irgendwo ein lebhaftes Echo gefunden hätte. Uner schöplich an neuen Gedanken, Programms und Combinationen sind Zeitungsleser und Zeitungsschreiber dagegen, sobald es sich darum handelt, für die salzburger Zusammenkunft eine Erklärung oder Deutung zu finden. Zwar beginnt jeder der Versuche zur Feststellung dessen, was die beiden Kaiser geredet und geplant, mit der Versicherung, daß niemand genau wissen könne, worum es sich in den Conferenzen der abgelaufenen Woche eigentlich gehandelt habe — nichts desto weniger glaubt jeder, das Geheimniß derselben errathen zu können. Thatsache ist nur eins: daß um die Zeit des napoleonischen Besuchs in Salzburg der Gedanke an einen mit österreichisch-

französischer Unterstützung abzuschließenden deutschen Südbund wieder neu in Umlauf gesetzt worden ist, freilich ohne irgend bemerkenswerthe Unterstützung zu finden. Die süddeutsche Demokratie scheint um keinen Preis aus ihrer negativen, grollenden Haltung hervortreten zu können, zu jedem Angebot, das ihr gemacht wird, schüttelt sie den Kopf; zu dem mannhaften Entschluß, das Nothwendige und Unvermeidliche mit Anstand zu thun, vermag man sich nicht emporzuschwingen, zu dem Experimente einer süddeutschen Sonderexistenz ist man nicht beschränkt, zu jenem Kokettiren mit dem französischen Imperialismus, das von norddeutschen Particularisten schamlos genug getrieben wird, nicht schlecht genug. So lebt man von der Hand in den Mund und erwartet von äußeren Ereignissen der Zukunft (die bei ihrem wahren Namen zu nennen man wiederum Scheu trägt) die Lösung des Problems, an das selbständig heranzutreten man weder Neigung noch Fähigkeit hat.

Diesseit des Main sieht es kaum anders aus. Die Frage nach der Zukunft des Südens ist zugleich die nach der Zukunft des norddeutschen Bundes und wie man drüben nicht weiß, was aus den drei Staaten werden soll, die sich in ihrer gegenwärtigen vollen Souveränität unbehaglicher fühlen, denn je, so ist man hüben in Ungewißheit darüber, was werden soll, wenn kein auswärtiges Ereigniß aus der Sackgasse herausführt, in welche wir gerathen sind. Hier wie dort ist es immer wieder das Verhältniß zu Oestreich, über welches man ins Klare kommen muß, ehe man weiter gehen kann. Im deutschen Süden kann man sich zu einem vollständigen Bruch mit dem Kaiserstaat nicht entschließen, so genau man auch weiß, daß jede Verbindung mit demselben unfruchtbar sein wird, wie sie unfruchtbar war — in Norddeutschland und namentlich in den Kreisen, welche sich um das nationale Banner geschaart haben, ist das Verhältniß zu Oestreich eine „offene Frage“ d. h. niemand weiß, wie dasselbe sich gestalten wird oder auch nur gestalten soll. Daß die östreichische Monarchie die Krisis des vorigen Jahrs überstehen werde, hatte man nicht erwartet, dieser Factor war nicht in Rechnung gebracht worden und seit er wieder da ist, weiß man nicht, was mit ihm angefangen werden soll. Diesem Umstande ist es wesentlich zuzuschreiben, daß Herr v. Beust's auswärtige Politik bis zu Salzburg eine schwankende, lediglich abwartende war und die starken Plänkeleien der berliner Officiösen haben die Sache eher schlimmer als besser gemacht. An preußische oder nur deutsch-patriotische Sympathien des wiener Cabinets zu glauben, sind wir die Letzten; nichts desto weniger ist es uns unbegreiflich gewesen, warum man dieses Cabinet mit kaum verhehlter Absichtlichkeit und doch ohne erkennbaren Zweck durch stets neu ausgesprochene Zweifel an der Möglichkeit einer Rettung Oestreichs verstimmt hat. Möchte in der Hofburg geschehen, was da wollte, die preußischen Officiösen und was ihnen anhing wußten zu mäkeln und zu

grollen, zu kritteln und zu zweifeln. Während häufig genug versichert wurde, die Zeit des Haders und der Eifersüchteleien sei vorüber, man erwarte von Oestreich kein Bündniß mit Feinden und Gegnern Preußens, that man doch nichts, um ein gutes Einvernehmen journalistisch zu fördern, die Initiative zu steten kleinen Händeln wurde vielmehr im Norden ergriffen, namentlich bei Gelegenheit des moskauer Slawencongresses. Diese stete Betonung der Zweifel an der Existenzfähigkeit Oestreichs scheint uns wenig opportun zu sein — zeugt sie doch davon, daß man Oestreich gegenüber kein bestimmtes Programm hat. Es sind doch nur zwei Möglichkeiten vorhanden: entweder man will in Frieden mit Oestreich leben oder nicht — im ersteren Fall ist es überflüssig, ihm stets memento mori zuzurufen, im letzteren muß man die guten Beziehungen zu ihm entbehrlich machen. Und doch ist weder das Eine noch das Andere geschehen, die Anhänger Preußens sind Oestreich gegenüber vollständig planlos verfahren und nur darin einig gewesen, daß sie von Zeit zu Zeit ihre Verwunderung darüber aussprachen, daß dieser Staat überhaupt noch da war. Damit ist der Annahme Vorschub geleistet worden, als halte man das Nebeneinanderbestehen Oestreichs und eines unter preußischer Führung geeinigten Deutschlands, für unvereinbar. Die Zahl derer, die dieser Meinung sind, ist in Wien sicher zahlreicher als in Berlin oder sonst wo im norddeutschen Bunde — es hat darum keinen Sinn, wenn man den Glauben nährt, wir hielten dieselbe für eine Bedingung unserer Existenz.

In Wien hat man aus diesem Verhalten auf eine gegen die österreichische Monarchie gerichtete russisch-preußische Alliance geschlossen und aus dieser das Recht zu einem Zusammengehen Franz Josephs mit dem dritten Napoleon abgeleitet. Ueber Grund oder Angrund dieser Conjectur zu streiten, überlassen wir Anderen — rathsam scheint uns aber, die Grundlagen, auf welchen eine solche Alliance sich aufbauen würde, näher zu betrachten. Die Zeiten, in welchen auswärtige und innere Politik nichts mit einander zu thun hatten, Fürstenthümer dauernd bestehen konnten, ohne von Völkersympathien getragen zu werden, sind vorüber; möglich bleibt es immer, daß Preußen Rußlands orientalische Politik unterstützt, eine dauernde Unterstützung der deutschen Politik Preußens durch den nordischen Kaiserstaat würde aber zu der Richtung, welche das russische Staatsleben neuerdings genommen hat, wenig passen und kaum durchführbar sein. Das Organ der russischen Nationalpartei, die Moskauer Zeitung, deren beinahe schrankenloser Einfluß in den maßgebenden Regierungskreisen besonders nachhaltig wirkt, hat sich über diesen Punkt noch neuerdings ziemlich deutlich und unzweideutig ausgesprochen. In einem Artikel, der die Lage Deutschlands am Vorabend der salzburger Conferenz bespricht, entwirft sie ein nichts weniger als schmeichelhaftes Bild der Schwierigkeiten, in denen Preußen stecke. Indem die Resultate der „übermäßigen“ Vergrößerung dieses Staats

und des „waghalsig kühnen bismarckschen Unternehmens“ als vollständig zweifelhaft geworden bezeichnet werden, predigt das moskauer Blatt starres Festhalten an der nationalen Politik Rußlands, denn nur diese vermöge dem Staat bei den bevorstehenden Verwicklungen des Westens Vortheile zu erringen. Bei der Furcht vor preussischer Präponderanz an der Ostsee, welche zu den Hauptmerkmalen der Politik des moskauer Publicisten gehört, und dem regen Mitgefühl, das derselbe für die in ihrer Selbständigkeit gefährdeten süd- und mitteldeutschen Stämme hat, kann nicht zweifelhaft sein, daß eine Förderung der deutschen Hegemonie Preußens nicht im Katechismus der russischen Nationalpartei steht. Von Sympathien des preussischen Volks mit dem östlichen Nachbar ist gleichfalls wenig zu spüren gewesen.

Auf dem Gebiet des inneren Völkerlebens ist während der Augustwochen mancherlei vorgegangen, was in anderen Zeiten Theilnahme und Interesse genug geweckt hätte: die englische Reformbill hat die letzten legislatorischen Stadien passirt und ist zum Gesetz erhoben worden, die Erwartungen, welche sich in Frankreich herkömmlicher Weise an den 15. August knüpften, sind mit dem Versprechen erhöhter Sorgfalt für die Vicinalwege abgeseift worden, in Spanien tobt ein neuer Aufstand, die Rückkehr des Sultan nach Konstantinopel hat die Hoffnungen für die Erhaltung der Türkei neu gekräftigt und die Pfordte zu einer ziemlich entschiedenen Ablehnung der Vorschläge bezüglich Candias ermuthigt, in Rußland ist die vollständige Loslösung der römisch-katholischen Diöcesen dieses Staats von der Curie, die Verlegung der polnisch-katholischen Kirchenbehörden nach Petersburg angeordnet, eine Umgestaltung des Zolltarifs in Aussicht genommen und der Bund mit der nordamerikanischen Union bei Gelegenheit des Besuchs, den Admiral Farragut der russischen Hauptstadt abgestattet, neu besiegelt worden, die kaiserliche Regierung hat endlich die im Februar d. J. constitutioneller Gelüste wegen suspendirten petersburger Provinzialstände rehabilitirt, — in Dänemark haben imperialistische Franzosen und demokratische Dänen gemeinsam für die Wiederherstellung des eiderdänischen Regiments in Schleswig geschwärmt — wer aber hätte in dem gegenwärtigen Stadium deutschen Lebens, wo es sich um die Behauptung der Errungenschaften des vorigen Jahres, um die Wahl der Werkleute handelt, von welchen das Gebäude unserer staatlichen Existenz weiter geführt werden soll — wer hätte da Zeit und Neigung, Dingen nachzugehen, die zu uns und unserer Zukunft nur eine entfernte und indirecte Beziehung haben? Von dem Gesichtspunkt ihrer Bedeutung für Deutschland und die deutschen Dinge verdienen von all den Vorgängen im Auslande, welche in die letzten Wochen fallen, die bisher resultatlos gebliebenen Verhandlungen zwischen den Ministern des cisleithanischen Oestreich und denen Ungarns die meiste Aufmerksamkeit, denn bei der Entscheidung über die künftige auswärtige Politik Franz Josephs werden sie sicher eine große Rolle spielen. Und nicht bei diesen

allein. So lange das System, auf welches das neue Oestreich sich stützen will, die gegenseitigen Beziehungen zwischen den einzelnen Staatsangehörigen nicht zu regeln vermocht hat, wird dasselbe schwerlich die Kraft haben, auch nur die preußenfeindlichsten unter den süddeutschen Politikern für den Gedanken eines Südbundes unter östreichischer Patronage zu gewinnen. Ist es wahr, was wiener Blätter neulich mittheilten, daß die Verhandlungen wegen Aufhebung des bachschen Concordats bloß die Befreiung des transleithanischen, nicht auch der cisleithanischen Länder von dieser Fessel in Aussicht stellen und daß die Curie unter keiner Bedingung von ihrer Herrschaft über die östreichische Volksschule lassen will, so dürften Herrn v. Beusts Versuche zur Anknüpfung engerer Verbindungen mit Bayern und Württemberg noch für lange aussichtslos sein.

Im Augenblick scheint die Möglichkeit einer solchen Verbindung von dem preußischen Cabinet ebenso ernstlich in Erwägung gezogen zu werden, wie die eines östreichisch-französischen Bündnisses; auch wenn dieses letztere zunächst nur einem Zusammengehen im Orient gelten sollte, würden seine Folgen sich auch für Deutschland bald genug fühlbar machen. Dringender denn je tritt darum an uns die Mahnung heran, die Frist, welche noch gegeben ist, gewissenhaft auszunutzen. Daß wird aber nur dann geschehen, wenn wir unbeirrt durch die Mißgriffe der Freunde und die Erfolge der Gegner den beschrittenen Weg zur Consolidation der norddeutschen Bundesmacht weiter gehen. Es ist ganz richtig, wenn behauptet wird, die Rücksicht auf die auswärtige Lage sei der maßgebende Gesichtspunkt für die national-liberale Partei: aber nur wenn dieser festgehalten wird, kann diese Partei regierungsfähig werden, denn dringender wie je wird von diesem Augenblick gefordert, daß alle Arbeit auf einen Punkt gerichtet werde. Bevor die äußere Abschließung Deutschlands nicht zu Ende geführt ist, bauen wir auf Sand — Sandbauten und nichts weiter sind alle Anstrengungen der Gegner auf der linken wie auf der rechten Seite. In dem entscheidenden Moment werden diese von den Trümmern ihrer unfruchtbaren Arbeit begraben sein, und nur die Partei wird gerüstet auf dem Platz stehen, welche von Hause aus gewußt hat, worauf es eigentlich ankam. Darauf aber kommt es an, daß die Bewohner des deutschen Staatsgebäudes, dessen Fundament wir gegenwärtig mauern, in Zukunft nichts darnach zu fragen brauchen, wie der Kaiser von Oestreich oder von Frankreich über sie denke und daß unsere innere Politik unabhängig werde von den äußeren Schwankungen, welchen die Staaten dieses Welttheils noch lange ausgesetzt bleiben werden. Nur die Freiheit, die uns zugleich die Unabhängigkeit vom Gut- oder Uebelwollen unserer östlichen, westlichen oder nördlichen Nachbarn giebt, ist werth, daß man für sie Gut und Blut einsetze.

Verantwortliche Redacteurs: Gustav Freytag u. Julius Gårdt.
Verlag von F. L. Herbig. — Druck von Hüthel & Begler in Leipzig.